Morgen-Ausgabe
No. 103. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Sonntag, 1. März 1908

Mehr Lehrerinnen?

In einer der letzten Sitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete v. Brandenstein eine stärkere Heranziehung des weiblichen Geschlechts zum Lehrberuf in der Volksschule gefordert und gemeint, daß er sich damit als ein besonderer Fortschrittsmann gezeigt habe. Sein Schulideal sieht er in den Vereinigten Staaten, dem gelobten Lande der modernen Frau, verwirklicht. Dort hat sich seit 1880 die Zahl der Lehrerinnen mehr als verdoppelt, so daß nach den amtlichen Angaben für das Jahr 1904 neben 113,744 Lehrern (= 24,9 Prozent) 341,498 Lehrerinnen (75,1 Prozent) am öffentlichen Unterricht beteiligt sind.

Herr v. Brandenstein übersieht aber, daß diese Ueberzahl der Lehrerinnen sich keineswegs aus einem fortschrittlichen pädagogischen Prinzip, sondern aus einem wirtschaftlichen Notstande erklärt. Da der Mann in Amerika mit anderer Arbeit mehr verdienen kann, hat er die Lust verloren, sich mit der gering geachteten und nach amerikanischen Verhältnissen kärglich bezahlten Schularbeit abzugeben. In die unbesetzten Stellen rücken die Frauen scharenweise ein, obgleich sie für den Lehrberuf nur mangelhaft vorbereitet sind. Die Schulstatistik der Vereinigten Staaten enthüllt zum Beispiel die beträchtliche Tatsache, daß in den nordöstlichen Staaten die noch die besten Schulverhältnisse aufweisen, kaum vierzig unter hundert Lehrerinnen ein Seminar besucht haben, und dies Verhältnis sinkt bis auf acht Prozent in den Südstaaten. Der Lehrerinnenberuf genießt denn auch kein besonderes Ansehen. Die Mehrzahl der Lehrerinnen betrachtet ihn von vornherein als ein Durchgangsstadium und enteilt der Schule, sobald sich eine andere, gewinnbringendere Versorgung bietet. So kommt es, daß die Lehrerinnen durchschnittlich nur vier Jahre lang im Beruf bleiben, und daß die Lehrerschaft ungemein jung ist; 1890 war die Hälfte aller Lehrenden unter fünfundzwanzig Jahren.

In Amerika mehren sich denn auch die Stimmen, die „rückständig" genug sind, eine Zusammensetzung des Lehrerstandes nach der Art des deutschen zu fordern. Noch vor kurzem schrieb ein hochangesehener Deutsch-Amerikaner in diesem Sinne: „Die streng vorgebildete deutsche Lehrerschaft ist die mächtigste Verteidigungs- und Angriffswaffe, welche das Deutsche Reich besitzt. Unter allen Einrichtungen des Reiches kenne ich keine, die auch nur annähernd die weitreichende Bedeutung des deutschen Lehrerstandes hat." Solche Urteile von Amerikanern sollten doch Herrn v. Brandenstein und allen, die wie er eine stärkere Heranziehung der Lehrerinnen wünschen, zu denken geben, ehe sie daran gehen, die preußische Volksschule nach dem amerikanischen Vorbilde zu „verbessern".

Die Propagandarede des Herrn v. Brandenstein für die Lehrerinnen fordert noch aus einem anderen Grunde zu lebhaftem Widerspruch heraus. Seine Worte werden im Lande nicht anders verstanden werden, als daß der Beruf der Volksschullehrerin jetzt und in der nächsten Zeit die günstigsten Aussichten für unsere heranwachsenden jungen Mädchen bietet. Das gerade Gegenteil trifft zu. Schon jetzt besteht ein so großer Andrang, daß die Anstellungsverhältnisse in den größeren Städten die denkbar ungünstigsten sind. Eine weitere Steigerung des Lehrerinnenangebots müßte auf dem pädagogischen Arbeitsmarkte zu einer Krise führen, die für alle davon Betroffenen die übelsten Folgen haben würde. Vor der im Abgeordnetenhause empfohlenen Neueinrichtung von Lehrerinnenseminaren kann daher nicht dringend genug gewarnt werden. Schon jetzt gibt es eher zu viel als zu wenig Anstalten für die Ausbildung von Lehrerinnen. Neben den sechzehn staatlichen Anstalten mit 1573 Seminaristinnen gibt es (nach einer privaten Umfrage im Jahre 1906) in Preußen noch 46 städtische Anstalten mit 3956 Seminaristinnen und 80 private Anstalten mit 6498 Seminaristinnen. Den 154 Lehrerseminaren und 13,177 Seminaristen stehen somit 142 Lehrerinnenseminare mit 9027 Seminaristinnen gegenüber. Wenn man aber bedenkt, daß von den 111,778 Stellen an höheren Mädchenschulen, Mittelschulen und Volksschulen im ganzen 21,373 (19,1 v. H.) mit Lehrerinnen besetzt sind, und daß aus Gründen, die nun einmal in der Natur unserer Schulverhältnisse liegen, die Möglichkeit, die Zahl der Lehrerinnenstellen zu vermehren, ziemlich eng begrenzt ist, wird man sich der Besorgnis über die Folgen des unverhältnismäßig hohen Lehrerinnenangebots nicht erwehren können. Man versteht die bange Frage der Regierung, wo sie so viel Lehrerinnen unterbringen soll, und wird statt einer Vermehrung der Lehrerinnenbildungsanstalten vielmehr wünschen müssen, daß durch eine umfassende Aufklärungsarbeit einer weiteren Ueberfüllung des Lehrerinnenberufes vorgebeugt wird. Es kommt hinzu, daß die Lehrerinnen der Natur der Sache nach im Durchschnitt niemals eine der Durchschnittsschularbeit der Lehrer gleichwertige pädagogische Leistung bieten können. Dazu trägt schon ihre körperliche Unterlegenheit bei. In Berlin zum Beispiel müssen für Lehrerinnen wegen Krankheit viermal so viel Vertretungskosten aufgebracht werden als für Lehrer. Von den inneren Unterscheidungsmerkmalen der weiblichen und der männlichen Schularbeit nicht zu reden.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung vom 29. Februar.

(Schluß.)

Die erste Beratung der **Novelle zur Gewerbeordnung** wird fortgesetzt.

Abg. **Schmidt**-Altenburg (Reichsp.) äußert sich im allgemeinen zustimmend zu den Vorlagen, hat aber Bedenken, ob man dem Bundesrat so weitgehende Vollmachten geben dürfte, wie sie die Novelle zur Gewerbeordnung vorsehe. Jedenfalls müßten vorher die Interessenten gehört werden. Weitere Ausführungen des Redners bleiben unverständlich.

Abg. **Behrens** (wirtsch. Vg., christl.-soz.), ebenfalls zunächst unverständlich, bezeichnet das platte Land als den Jungbrunnen der Volkswirtschaft. (Beifall rechts.) Dieser Jungbrunnen droht aber mehr und mehr zu versiegen. Um so nötiger ist ein durchgreifender Arbeiterschutz, dessen die Hausindustrie — ich erinnere an die Erörterungen, die sich an die Heimarbeiterausstellung knüpften — in besonders hohem Maße bedarf. Redner verbreitet sich über Ursprung, Geschichte und Lage der Hausindustrie. Ein völliges Verbot der Heimarbeit ist nicht angängig; aber es sind energischere Eingriffe nötig, als diese sehr zaghafte Novelle bringt. Redner trägt eine Reihe von Wünschen der Heimarbeiterinnen vor und fordert eine Hinzuziehung dieser Arbeiterinnen zur Gewerbeaufsicht. Wir hoffen, daß die Arbeitskammern, wenn sie zustande kommen, die sozialpolitische Mitwirkung der Polizei vielfach überflüssig machen werden. — Redner bekämpft die Konkurrenzklausel und den mit Aussperrungen und schwarzen Listen getriebenen Mißbrauch. (Beifall.)

Abg. **Manz** (fr. Vp.) wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Molkenbuhr, daß die Vorlagen mehr Rückschritte als Fortschritte bringen. Die Blockpolitik hat mit diesen sozialpolitischen Vorlagen nichts zu tun. Wir hoffen, daß in Sachen der Sozialpolitik sich ein neuer Block bilden wird, zu dem auch der Abg. Molkenbuhr gehört. — Den schroffen Herrenstandpunkt des Zentralverbandes der Industriellen verwerfen wir. — Redner verbreitet sich über

die Konkurrenzklausel.

Sie ist auf alle Fälle eine unerwünschte Erscheinung des Wirtschaftslebens, eine Fesselung der wirtschaftlich Schwachen. (Zustimmung.) Gegen den zehnstündigen Maximalarbeitstag für Frauen läßt sich um so weniger etwas einwenden, als die größere Hälfte der weiblichen Arbeiter ihn bereits hat. — Von agrarischer Seite ist sogar das völlige Verbot der Fabrikarbeit jugendlicher Arbeiter von 14—18 Jahren gefordert worden. (Heiterkeit.) Statt solche Forderungen aufzustellen, täte die Landwirtschaft besser daran, für sorgfältigere Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften in ihren Betrieben Sorge zu tragen. (Lebhafte Zustimmung links.) Gegen Arbeiterausschüsse besteht leider noch in vielen Unternehmerkreisen ein Mißtrauen, das, wie ich aus eigener Erfahrung bezeugen kann, durchaus unberechtigt ist. (Lebhafter Beifall links.)

Oldenburgischer Bevollmächtigter **v. Eucken-Addenhausen** wendet sich gegen die gestrige Bemerkung des Abg. Molkenbuhr, daß die oldenburgische Staatsregierung in bezug auf Mitteilung von Gesetzesvorlagen schlechter behandelt werde als der Zentralverband der Industriellen. Das sei durchaus nicht der Fall. (Beifall rechts.)

Abg. **Werner** (Ant.) begrüßt die Vorlagen im allgemeinen sehr sympathisch und wünscht, daß Herr v. Bethmann-Hollweg die Bahnen seines Vorgängers, des Grafen Posadowsky, wandeln möge.

Abg. Dr. **Fleischer** (Ztr.) spricht seine Freude darüber aus, daß man zu internationalen Abkommen über den Arbeiterschutz gekommen sei. Einen internationalen Weltmarkt haben wir immer gehabt, aber erst in den letzten Jahren sind wir tiefer in die Weltwirtschaft hineingekommen. Deshalb müssen wir auch danach streben, eine Gleichmäßigkeit in den Grundlagen der Sozialpolitik bei den einzelnen Nationen zu erreichen. Es ist das dauernde Verdienst unseres Kaisers, daß es ihm gelang, die erste internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin zu versammeln. Ohne diese Konferenz wären die jetzigen Abkommen wohl nicht zustande gekommen. Diese Abkommen enthalten nun zwar nicht alles, was uns wünschenswert erscheint, sondern nur das, was zurzeit erreichbar war. Deshalb handelt es sich hierbei aber um einen bedeutenden, entscheidungsvollen Schritt auf dem Wege des internationalen Arbeiterschutzes, dem hoffentlich weitere erfolgversprechende Schritte folgen werden.

Abg. Dr. **Conze** (natl.): Der Entwurf betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit wird sicher in der Kommission noch zu großen Debatten führen, manche Wünsche werden dabei noch zutage treten. Gerade in der Zigarrenindustrie hat die Hausarbeit feste Wurzel gefaßt, die Arbeiter hängen daran. Deshalb muß man sich davor hüten, hier zu schroff vorzugehen, sonst würde man die Arbeiter nicht entlasten, sondern belasten. Ein wunder Punkt ist

die Kinderarbeit,

ganz verbieten kann man sie nicht. Erfreulich ist es, daß die Vorlage hier den offenbarsten Mißständen entgegentritt und die Beschäftigung fremder Kinder bis zum Alter von 13 Jahren ganz verbietet und für Kinder von vierzehn bis sechzehn Jahren besondere Schutzbestimmungen vorschreibt.

Abg. **Geyer** (soz.): In der Beurteilung der Vorlagen stehen wir nicht allein da, auch Handelskammern haben dargelegt, daß sie den Arbeitern Schaden brächten. Das Gesetz über die Zigarrenindustrie in der Hausarbeit ist das Produkt der Vereinbarung zwischen Unternehmern und Regierung. Organisierte Arbeiter hat man zu den Vorverhandlungen, die vor sechs Jahren stattfanden, nicht hinzugezogen. Die Arbeiter wollen, daß die Hausarbeit ganz verboten wird, aber die Unternehmer sträuben sich dagegen, denn die Hausarbeit ist billig. Auch sind die Hausarbeiter Lohndrücker gegenüber ihren Kollegen in der Fabrik. Man sollte schon aus sanitären Gründen die Hausarbeit verbieten. Die Tuberkulose greift immer mehr unter den Hausarbeitern Platz, auch für die Raucher bedeutet dies eine Gefahr. Mit dem vorliegenden Gesetz hat sich die Regierung nicht viel Arbeit gemacht, es bildet im wesentlichen nur einen Abklatsch der schon bestehenden Verordnungen für die Tabaksindustrie. Die beabsichtigte Banderolensteuer wird wieder zahllose Existenzen ruinieren, denn die Unternehmer würden die Steuer auf die Arbeiter abwälzen. Wielleicht soll die Banderolensteuer ein Vorläufer des Tabakmonopols sein. Das Monopol würde der ganzen Hausindustrie schnell ein Ende machen, denn die Regierung kann die Hausarbeit nicht kontrollieren. Redner erörtert dann die einzelnen Bestimmungen des Zigarrengesetzes und meint, es müsse den Spott der Oeffentlichkeit hervorrufen und könne den Arbeitern nichts nützen. Helfen könnte nur das gänzliche Verbot der Hausarbeit.

Hierauf vertagt das Haus die weitere Beratung auf Montag, 1 Uhr. Außerdem Etat des Reichsamtes des Inneren. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

40. Sitzung vom 29. Februar.

(Schluß.)

Die zweite Beratung des **Etats des Ministeriums des Inneren** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Müller**-Berlin (fr. Vp.): Die Behauptungen des Herrn Abg. Quehl, daß es keine Gemeinde gibt, wo wegen ungenügender Entschädigung für Wildschaden Gemüse und Herbstfrüchte nicht angebaut werden, steht mit den Tatsachen in schroffstem Widerspruch. Vor den Toren von Glogau, wo Herr Quehl gewählt ist, zum Beispiel in der Gemeinde Karpfreith im Kreise Sprottau, ist der Wildschaden unerhört und die Entschädigung so unzureichend, daß sich die bäuerliche Bevölkerung mit dem Gedanken getragen hat, den Anbau, auch den von Herbstfrüchten, ganz aufzugeben. Man sollte in einer Zeit, wo die Gegensätze in der Bevölkerung so groß sind wie gegenwärtig, nicht auch noch die bäuerliche Bevölkerung durch Vorenthaltung der Entschädigung für Wildschaden gegen die herrschenden Gewalten aufbringen. Wie aus den Kreisen der Arbeitgeber gemeldet wird, hat die Zentralleitung der sozialdemokratischen Partei — ich sage absichtlich die Zentralleitung, nicht der Vorstand — verfügt, daß am 18. März d. J.

in den Generalstreik

eingetreten wird, daß alle Arbeitnehmer, die einer sozialdemokratischen Organisation angehören, an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen sollen, um gegen das bestehende Wahlrecht in Preußen zu demonstrieren. (Hört, hört!) Auf polizeilicher Seite ist man ja wohl auf solche Vorgänge vorbereitet, aber es ist doch töricht, unter solchen Verhältnissen die bürgerlichen Elemente noch weiter gegeneinander aufzubringen durch solche Aufreibungen, wie Herr Quehl sie sich gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung erlaubte, die empört sein wird, wenn sie die Behauptung hört, daß jeder Wildschaden genügend entschädigt werde. Wenn dem liberaler Geist ein Einfluß auf die Gesetzgebung gewährt werden soll, dann muß im Wahlkampfe seitens der Staatsbehörden Neutralität beobachtet werden. (Sehr richtig! links.) Diese Neutralität hat ja Fürst Bülow am 10. Januar im Landtage zugesagt, aber am Schlusse seiner Erklärung klang es doch anders, als er ausführte: „Ich habe meinerseits in Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeher dafür Sorge getragen, daß dieser Pflicht auch tatsächlich genügt werde." Bisher ist diese Neutralität tatsächlich nicht geübt worden, zum Beispiel im Wahlkreise Sagan-Sprottau. Davon kann sich der Herr Minister des Innern durch eine Nachfrage beim Landrat v. Klitzing und bei dem früheren Landrat v. Rose und Obischau unterrichten. Dort sind früher die Landratsämter im Wahlkampfe die Wahlbureaus der Konservativen gegen die Freisinnigen gewesen. Ob der Landrat selbst sie dazu gemacht hat, ist ja schwer festzustellen, aber der Kreissekretär, beziehungsweise der Kreisausschußsekretär — davon ist man in Sagan-Sprottau allgemein überzeugt — hat die ganze Wahlarbeit der Konservativen gegen die Freisinnigen geleitet und durchgeführt. Ich möchte den Herrn Minister fragen, was er zu tun gedenkt, um hierin Wandel zu schaffen. Mit schönen Redensarten ist nichts getan; es gilt die Neutralität der Staatsbehörden im Wahlkampfe auch tatsächlich durchzuführen, damit auch dem Königs, dem es so schwer gemacht wird, die Wahrheit zu hören, die Stimmung der Bevölkerung bei den Wahlen klar und unzweideutig zum Ausdruck gebracht wird. (Beifall links.)

Abg. **Quehl** (kons.): Wenn Gegenstände hervorgerufen worden sind, so ist das vom Herrn Abg. Fischbeck geschehen dadurch, daß er den Grünberger Fall zur Sprache gebracht hat.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. Dr. **Müller**-Berlin: Die Behauptung des Herrn Quehl ist nicht richtig. Herr Fischbeck, der leider durch seine amtliche Tätigkeit verhindert ist, Herrn Quehl zu antworten, hat nur seine Schuldigkeit getan. Herr Quehl hat bestritten, daß die bäuerliche Bevölkerung beim Bau von Gemüsen und Herbstfrüchten durch Wildschaden schwer belastet wird. Diese falsche Behauptung hat die Gegensätze wachgerufen.

Der Titel „Landräte" wird hierauf bewilligt.

Beim Kapitel **„Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung"** wendet sich

Abg. **Schulz-Bentkun** (kons.) gegen das Treiben der homosexuellen Elemente in Berlin, gegen die scharf vorgegangen werden müsse. Weiter geht Redner auf den Waffenfund in der Pankstraße ein, der gezeigt habe, daß hervorragende Führer der deutschen Sozialdemokratie mit den russischen Sozialdemokraten und Terroristen in Verbindung stehen. (Beifall rechts.)

Minister **v. Moltke**: Dem Vorredner erwidere ich, daß alles geschieht, um dem Treiben der Homosexuellen entgegenzutreten und sie unschädlich zu machen. Was den Waffenfund in der Pankstraße betrifft, so hat mir die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß eine strafrechtliche Verfolgung bestimmter Personen nicht möglich sei, daß aber ein objektives Verfahren eingeleitet sei. Der Tätigkeit der Kriminalpolizei ist es gelungen, der Bewegung der russischen revolutionären Sozialdemokratie einen wirksamen Schlag zu versetzen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Böttinger** (natl.) bittet den Minister, auf die Befolgung der Polizei einzuwirken, daß die Verkehrsvorschriften streng durchgeführt werden.

Abg. **Kirsch** (Ztr.): Ich gebe meiner Befriedigung Ausdruck über die Erklärungen des Ministers bezüglich des Vorgehens gegen die Homosexuellen. Nach dem Wechsel im Berliner Polizeipräsidium bitte ich, das

Verhältnis zwischen Polizei und Presse

einer Aenderung zu unterziehen. Diese Blätter bringen Meldungen nur aus Sensationslust, nicht um die Polizei zu unterstützen. In der Friedberg-Sache hat ein Reporter sogar die Kriminalkommissare interviewt, wie es bisher nur in der französischen Presse vorgekommen ist. Auch bei dem Förstermord am Müggelsee ist die Sensationslust zutage getreten. — Redner bringt eine Ungeschicklichkeit der Berliner Polizei in einem Erpressungsfalle zur Sprache. Die Polizei habe dabei das Wagner-Denkmal umstellt wie seinerzeit den Reichstag, den Täter aber nicht erwischt, der nur seinen Mantel zurückgelassen habe.

Abg. **Stroßer** (kons.) beklagt die mangelhaften Erfolge der Berliner Kriminalpolizei und verlangt eine andere Organisation sowie bessere Bezahlung der Beamten.

Abg. **Gyßling** (fr. Vp.): Die Vorwürfe gegen die Berliner Kriminalpolizei sind bereits in der Kommission zurückgewiesen worden. Die Statistik ergibt, daß in Paris und London mehr Verbrechen unentdeckt bleiben als in Berlin. In der Kommission wies der Herr Minister auch auf die Tatsache hin, daß man sich in Berlin auf die günstigen Verhältnisse in London und Paris, in diesen Städten sich aber auf Berlin beruft. — Sehr zu wünschen lassen die Sicherheitsverhältnisse in Charlottenburg. In der Nacht vom 11. zum 12. Februar ist eine Dame in der Sophie-Charlottenstraße von einem Strolch überfallen und schwer verletzt worden. In der Kommission ist gesagt worden, die Schutzmannschaft sei verstärkt worden und Klagen kämen nicht mehr vor. Demgegenüber erklärt mir der Leiter des städtischen Bürgerhauses, daß die Zustände auch jetzt noch ganz unsicher sind. Ich bitte den Minister, nochmals zu erwägen, ob sich nicht eine Vermehrung der Schutzmannschaft empfiehlt. (Bravo.)

Abg. **de Witt** (Ztr.) vertangt im Hinblick auf einen von kroatischen Arbeitern in einem Vororte Kölns verübten Mord eine strengere Handhabung der Fremdenpolizei gegenüber den Ausländern. Gegen gewalttätige Elemente müsse entschieden vorgegangen werden.

Unterstaatssekretär **Holtz** weist darauf hin, daß in einigen Bezirken bereits ein Verbot des Waffentragens besteht. Es war ferner für die ausländischen Arbeiter eine Legitimierung geplant, die die Möglichkeit gebe, über das Vorleben der Arbeiter Klarheit zu schaffen.

Das Kapital wird bewilligt.

Beim Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen" tritt Abg. Dr. **Ihrhoff** (freik.) für eine Gleichstellung der Polizeibeamten in der Provinz mit denen in Berlin ein.

Abg. **Viell** (fr. Vp.): Die Frage der Erlaubnis des Offenhaltens der Schaufenster an Sonn- und Festtagen hat uns hier wiederholt beschäftigt. Die Berliner Handelskammer hat sich mit seinem diesbezüglichen Antrage bereits an den Oberpräsidenten gewandt. Ich möchte den Herrn Minister bitten, die Erlaubnis zu erteilen.

Abg. **Gyßling** (fr. Vp.) befürwortet eine andere Dienstordnung für die Schutzleute, die gegenwärtig keinen vollständig freien Sonntag haben. — Das Kapitel wird bewilligt. — Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Etat der Seehandlung.

Schluß nach 4 Uhr.

Wie Eisbären gezähmt werden.

Der Eisbär ist eines derjenigen Tiere, die sich am allerschwersten zähmen lassen. Aber gar eine ganze Schar von diesen Bewohnern des fernen Nordens unter einen Willen zu zwingen und der menschlichen Dressur zu unterwerfen, ist eine Aufgabe, die bisher noch selten gelungen ist. Der bekannte Tierbändiger Wilhelm Hagenbeck, der Bruder des großen Hamburger Tierhändlers Karl Hagenbeck kann jedenfalls den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, die bisher größte Anzahl von Eisbären zu einer gezähmten Truppe vereinigt zu haben. Es sind 75 Tiere, die ihm gehorchen: 15 Jahre hat er gebraucht, um sie zusammenzubringen und zu zähmen. Es sind alles riesige Tiere, die aber im Alter zwischen 1 und 17 Jahren variieren.

„Obwohl ich jedes Tier in meiner Schar kenne," so erzählt Hagenbeck selbst im „Strand Magazine", „und jedem von ihnen beigebracht habe, auf seinen Namen zu hören, mit einigen von ihnen auch schon fünfzehn Jahre zusammen bin, so kann ich doch nicht aus ihren Aeußerungen auf Gemütsart und ihre Absichten schließen. Das ist einer der charakteristischsten Züge der Eisbären. Ihr Ausdruck bleibt immer derselbe, und es ist unmöglich, etwas aus ihrem Gesicht herauslesen zu wollen, ob sie vergnügt oder wütend sind. Auch bei den wildesten Tieren wie den Löwen kann man sonst durch den Ausdruck ihrer Mienen und durch ihre Bewegungen Rückschlüsse darauf ziehen, ob sie in gefährlicher, aufgeregter Stimmung sind oder nicht. Nicht so bei den Eisbären. Der Kopf und das Gesicht des einen Bären ist ganz so wie die des anderen, und während der ganzen Vorstellung bleibt ihr Ausdruck unerschütterlich derselbe. In meiner Schar sind 75 Bären, von denen 70 Kunststücke machen und dressiert sind. Die übrigen 5 sitzen vorläufig nur als Ornament in der Arena, aber auch mit ihnen ist